

# BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT VERSUS ZIVILGESELLSCHAFT – DIE NEUERE DEBATTE IN JAPAN

Gesine Foljanty-Jost und Karoline Haufe

*Abstract:* The idea and concept of civil society underwent a renaissance since the mid 1990ies in Japan. From reviewing articles, miscellanea, and monographs which were published since the 1970ies it became obvious that research approaches regarding civil society can be distinguished into two categories: one using the concept in the meaning of a political-strategic term, NPOs are the central indicator of the development of the civil society. The other research direction views civil society as a phenomenon much broader and more open than residents participating in NPOs, civil society must be analysed against the complex background of a bourgeois society and a new public. This article gives an overview on the debate on the concept of civil society held within the Japanese social sciences. It mainly focuses on current diversified research approaches applied to the phenomenon of civil society and NPOs since the 1990ies. More specifically, it inquires about the implications of two current definitive publications which are representing the above mentioned two research directions of the debate on civil society – Tsujinaka Yutaka's 2002 published „*Gendai Nihon no shimin shakai. Rieki dantai*“ [Civil Society and Interest Groups in Japan] and the book „*Shimin shakai-ron – rekishiteki isan toshintenkai*“ [Theory of Civil Society: Historical Inheritance and New Developments] written by Yamaguchi Yasushi in 2004. In a final part approaches to meanings and definitions and their political implications for further research on the topic civil society in Japan and further research questions will be discussed as well.

Der Begriff und das Phänomen Zivilgesellschaft haben seit Mitte der 1990er Jahre in Japan eine Renaissance erlebt. Die Datenbank NACIS enthält für den Zeitraum von 1975 bis 2003 unter dem Schlagwort *shimin shakai* 1200 Publikationen mit einem dramatischen quantitativen Sprung 1995/1996. *Shimin shakai* wird begrifflich in der Mehrheit dieser Publikationen synonym mit dem englischen Begriff *civil society* und dem deutschen Begriff Zivilgesellschaft verwendet. In dieser Bedeutung findet sich der Begriff in einem ersten Boom in Publikationen Mitte der 1970er Jahre, wenngleich damals die Diskussion vor allem durch das Schlagwort Bürgerpartizipation (*shimin sanku*) charakterisiert war. Motiviert waren die damaligen Arbeiten durch die Aktivitäten von Bürgerinitiativen vor allem im Bereich Umweltschutz. Das Interesse galt seinerzeit angesichts des offensichtlichen Einflusses der Bürgergruppen auf kommunale Wahlergebnisse und kommunale Umweltpolitik der Frage, welche Demokratisierungspotenziale durch Bürgerpartizipation entwickelt bzw. gestärkt werden könnten. Sozialwissenschaftler wie Keiichi Matsushita (1971) und

Hajime Shinohara (1977) analysierten angesichts dieser Entwicklung in der Tradition der frühen linksliberalen Debatte insbesondere die Begriffe Bürger (*shimin*) und bürgerliche Gesellschaft (*shimin shakai*), während vor allem Politikwissenschaftler aus dem *Kansai*-Raum auf die neue politische Beteiligung von Anwohnern (*jūmin*, *residents*) abhoben. Während der Begriff *shimin* [Bürger] im Zusammenhang mit überregionalen politischen Bewegungen wie der Friedensbewegung eingesetzt wurde, markierte der Begriff *jūmin* [Anwohner] Beteiligung von Anwohnern an kommunalen, bürgernahen Entscheidungsprozessen (Satō und Watanabe 1975: 3–4, Hasegawa 2003: 38). Beide Diskussionsstränge blieben als konkurrierende Zugänge zu dem Phänomen Bürgerpartizipation isoliert nebeneinander bestehen (Yamaguchi 2004: 7).

## 1. EINLEITUNG

Nach 1978 gingen die wissenschaftlichen Publikationen zum Thema Zivilgesellschaft zurück, obwohl in den 1980er Jahren in dem Bereich Gesundheitswesen und soziale Dienste zivile Organisationen in beträchtlichem Umfang entstanden (Imada 2003: 40). Erst nach dem Erdbeben von Kobe 1995 stieg die Zahl der wissenschaftlichen und populären Schriften dann wieder steil an.

Aus der Fülle der seither veröffentlichten Artikel und Monografien lassen sich grob zwei Stränge herauskristallisieren: ein Großteil der Beiträge verwendet den Begriff der Zivilgesellschaft als strategisch-politische Kategorie. Fokussiert wird hier auf die Entwicklung und Rolle der Nicht-Regierungs- bzw. Non-Profit-Organisationen (NPO) als Indikator für den Stand der japanischen Zivilgesellschaft. Der andere Strang stellt das Phänomen der neuen Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen über NPOs hinausgehend in den sehr viel komplexeren Kontext der Herausbildung von bürgerlicher Gesellschaft und Öffentlichkeit in Japan.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die neuere Debatte innerhalb der japanischen Sozialwissenschaften und diskutiert die Erträge dieser. Vertiefend werden zwei neuere Forschungsarbeiten aufgegriffen, die als repräsentativ für die beiden Stränge der Debatte gelten können und das Format von Standardwerken haben, nämlich die Arbeit *Gendai Nihon no shimin shakai. Rieki dantai* [Zivilgesellschaft und Interessenverbände im heutigen Japan] von Tsujinaka Yutaka (2002) sowie das Werk *Shimin shakai-ron – rekishiteki isan to shintenkai* [Theory of Civil Society: Historical Inheritance and New Developments] von Yamaguchi Yasushi (2004). In einem letzten Abschnitt wird Bilanz gezogen im Hinblick auf politische Implikationen der Debatte und offene Forschungsfragen.

## 2. FORSCHUNGEN ZU ZIVILGESELLSCHAFT BIS 1995

Die frühen Arbeiten zum Thema *shimin shakai* stammen bereits aus den 1950ern bis 1980er Jahren. Anlass waren damals Bestrebungen der USA, Japan aufgrund der weltpolitischen Lage in den westlichen Block zu integrieren und mit diesem Anliegen die Demokratisierungspolitiken, die das Entstehen einer Zivilgesellschaft hätten unterstützen können, zu relativieren. Die Debatte war überwiegend auf einen kleinen Kreis liberaler, linksgerichteter Intellektueller wie Maruyama Masao, Kawashima Takeyoshi, Ōtsuka Hisao, Uchida Yoshihiko und Hirata Kiyooki beschränkt. Sie verwendeten den Begriff *shimin shakai* in seiner – ebenfalls möglichen – Bedeutung „bürgerliche Gesellschaft“, um eine historische Phase zu markieren, in der sich das Bürgertum vom Staat emanzipiert und diesem gegenüber eine bedeutende Rolle einnimmt (Seifert 1999, Bestor 2002). Die Ambivalenz der Begriffsbedeutung im Japanischen trat deutlich in den frühen 1960er Jahren im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Verlängerung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrags zu Tage, als aufgrund der marxistischen Konnotation des Begriffs der „bürgerlichen Gesellschaft“ das Phänomen der Massenbewegung gegen den Vertrag begrifflich nur unzulänglich erfasst werden konnte. Hirata veröffentlichte 1968 in der renommierten Zeitschrift *Sekai* den Beitrag „*Shimin shakai to shakaishugi*“ [Bürgerliche Gesellschaft und Sozialismus], in dem er den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft wie folgt definierte: „Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Verkehrsgesellschaft (*kōtsūteki shakai*), d. h. eine Gesellschaft, in der die Individuen als Privatpersonen und als gleichberechtigte Warenbesitzer (*shoyū kensha*) miteinander frei verkehren“ (nach Murakami 2003: 16).

In der Dekade 1965 bis 1975 nahm im Zuge des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs die Zahl von Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen zu. Anlass für das politische Engagement waren für zahlreiche Gruppen die mit dem rasanten Wirtschaftswachstum einhergehenden Umweltverschmutzungen und daraus resultierende Umweltkrankheiten. Aufgrund ihres oppositionellen Charakters wurden Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen allerdings überwiegend als kommunistisch bzw. sozialistisch marginalisiert. Bedingt durch einen starken Staat, welcher über einen langen Zeitraum nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche vereinnahmte, wurde sozialen Bewegungen eine systemkritische Funktion zugeschrieben. Zivilgesellschaftliches Engagement wurde praktisch mit Opposition gleichgesetzt (vgl. Imada 1999).

In den 1980er Jahren verlagerte sich der Fokus neuer sozialer Bewegungen auf die Suche nach alternativen Lebensstilen – hervorgerufen durch die wachsende Diskrepanz zwischen Wunschvorstellung und existieren-

den Problemlagen. Damit trat der regierungskritische Ansatz in den Hintergrund (Yamaoka 1998: 47). Mit dem Niedergang der kritischen Bürgerinitiativen endete nach der zweiten Ölpreiskrise auch die Debatte über Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie.

### 3. FORSCHUNGEN ZU ZIVILGESELLSCHAFT NACH 1995

Die Systemveränderungen in Osteuropa nach 1989 und die führende Rolle der Bürger und Bürgerinnen in diesem Prozess lösten weltweit eine neue Welle der Thematisierung von Zivilgesellschaft und dem Verhältnis von Bürger und Staat aus, so auch in Japan.

Im Jahr 1990 wurden im Rahmen des international angelegten *Comparative Nonprofit Sector Project* (CNP) der Johns Hopkins Universität unter der Leitung von Lester Salamon erstmals systematische Daten über die japanische NPO-Landschaft vorgestellt. Mittlerweile werden Daten von mehr als 40 Ländern erfasst (Yamamoto 1998; Anheier und Seibel 2001: Kapitel 6). Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass NPOs in Japan einen schwachen Einfluss haben und vorwiegend lokal agieren. Die Untersuchungsergebnisse des CNP hatten beträchtlichen Einfluss auf die Entstehung einer neuen Zivilgesellschaftsdebatte in Japan. Die aus ihnen ablesbare Schwäche der NPOs in Japan korrespondierte mit ihrer schwachen Repräsentation bei dem Weltumweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahr 1992. Zu diesem Zeitpunkt galt bereits die internationale Norm, dass Nicht-Regierungs-Organisationen in internationale und globale Politiknetzwerke zu integrieren sind. Die japanische Regierung hatte sich dieser Norm wie die Länder Nordamerikas und Europas angeschlossen, auf der Konferenz in Rio de Janeiro war jedoch der Rückstand Japans im Hinblick auf die tatsächliche Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht zu übersehen. Dieser Widerspruch von normativen Anforderungen an eine funktionsfähige Demokratie im Hinblick auf die politische Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure einerseits und die politische Realität andererseits hat – wie zu zeigen sein wird – die japanische Zivilgesellschaftsdebatte in den 1990er Jahren maßgeblich beeinflusst.

#### 3.1. *Zivilgesellschaft als strategische Kategorie*

Vorbereitet durch die internationale Thematisierung von Zivilgesellschaft seit den friedlichen Revolutionen in Osteuropa erfuhr die Debatte in Japan den entscheidenden Impuls durch das Erdbeben von *Hanshin-Awaji* [Kobe] 1995. Als Reaktion auf eine desorganisierte Regierung organisier-

ten sich spontan 1,3 Mio. freiwillige Helfer, um die Opfer zu unterstützen. Satō Iwao (2002) spricht von einer regelrechten *Volunteer Revolution*, die 1995 eingesetzt habe. Hasegawa (2002: 5) bewertet diese Entwicklung sogar als Beginn einer neuen zivilen Kultur. Die Verknüpfung des Booms von Freiwilligenaktivitäten nach 1995 mit dem Konzept von Zivilgesellschaft war konstituierend für eine Fülle von Forschungen, die Zivilgesellschaft als analytischen Begriff im Zusammenhang mit dem Phänomen der NPO sehen (z. B. Yamamoto 1998; Matsushita 1998; Harada 2000; Nakamura 2001; Satō, Y. 2002; Yamauchi 2002) und die Mehrzahl der Arbeiten zur Zivilgesellschaft ausmachen.

Ihre Botschaft ist eindeutig: Japan hat gegenüber anderen Industrieländern einen deutlichen Entwicklungsrückstand im Hinblick auf Stärke und Größe des zivilen Sektors. Empirisch beziehen sich die Arbeiten teilweise explizit auf die Daten des bereits genannten *Comparative Nonprofit Sector Project* (Yamamoto 1998). Teilweise werden andere Vergleichshorizonte wie die Länder Asiens herangezogen, um die Bewertung der japanischen NPOs als schwach zu belegen (vgl. Shigetomi 2001; Kokusai Kōeki Katsudō Kenkyūkai 1997). Auch in Untersuchungen, die auf einen internationalen Bezug verzichten und sich ausschließlich mit dem Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Japan befassen, schwingt häufig implizit der Vergleich mit westlichen Gesellschaften mit (Yamauchi 2004). Dabei wird auf die Primärerhebung quantitativer Daten weitgehend verzichtet. Lediglich zu dem Phänomen der NPOs existieren inzwischen aufgrund vielfältiger umfassender und regelmäßiger Link- und Datensammlungen Strukturdaten (Yamauchi 1999; JANIC 2002; Yamauchi 2004; Japan NPO Center 2006, Internet). Als Indikatoren für eine noch gering entwickelte Zivilgesellschaft werden Zahl und Größe von registrierten und nicht-registrierten Bürgergruppen bzw. Vereinen sowie ihre verfügbaren Ressourcen verwendet. Während sich im Hinblick auf die Status-quo-Beschreibung der japanischen Zivilgesellschaft ein Konsens abzeichnet, sind in der Analyse der Ursachen für die Schwäche vor allem drei Kernargumente auffindbar: die geringen Ressourcen, die nicht immer trennscharf in der Diskussion der Ursachen im Mittelpunkt stehen, sowie die institutionell-strukturellen Rahmenbedingungen und ein historisch bedingtes Demokratiedefizit.

### *3.2. Ursachen für die Schwäche der Zivilgesellschaft: das Ressourcenargument*

Ressourcen wie finanzielle Mittel, Personal, Professionalität, Legitimität oder freiwilliges Engagement sind entscheidend für die Entstehung, Größe und Form sowie der Stärke oder Schwäche von zivilgesellschaftlichen

Organisationen (McCarthy und Zald 1977; McCarthy und Wolfson 1996: 1071; Ottersbach 2003: 136). Gemessen an den Kriterien Mitgliederzahl, Einkommen und bezahlte Beschäftigte, aus denen wiederum Professionalität, Mobilisierungskapazität und letztlich auch politischer Einfluss abgeleitet werden können, sind die japanischen NPOs ressourcenarm. Dies bestätigen auch Daten, die Umweltverbänden in Japan, Deutschland und den USA vorliegen (Foljanty-Jost 2005; Schreurs 2002: 211–213). Im Wohlfahrtsbereich sind vor allem die zahlreichen Bürgergruppen ohne Rechtsstatus mit nur geringen finanziellen Ressourcen ausgestattet (Kanaya 2004: 50). Als Folge dieser schlechten finanziellen Ausstattung stützen sich die meisten NPOs in Japan auf Freiwillige. Unbezahltes Engagement als *volunteer* erbringen vor allem Frauen, zumeist Hausfrauen. Diese Frauen nehmen heute in zunehmendem Maß führende Rollen in lokal organisierten Gruppen ein, was Habe (1998) vor allem vor dem Hintergrund sieht, dass Männer nach wie vor vollständig in ihre Berufstätigkeit eingebunden sind. Die Bewertung dieser von Frauen dominierten personellen Struktur von NPOs geht indessen auseinander: einerseits wird argumentiert, dass gerade wegen der Frauendominanz die Mehrzahl der Initiativen wenig politischen Tiefgang habe. Frauen engagierten sich häufig für unpolitische Tätigkeiten, die direkt mit ihrem Umfeld und ihrem alltäglichen Leben verbunden sind, wie z. B. Kinder- und Altenbetreuung. Zudem fehle Frauen oft grundlegendes Know-how in den Bereichen Management, Fundraising sowie Netzwerkbildung, so dass die Ressourcenschwäche der Gruppen durchaus Folge der weiblichen Dominanz in den Initiativen sei. Besonders der enge Wirkungsbereich dieser von Frauen dominierten Gruppen und der daraus resultierende geringe Einfluss auf Politik- und Gesetzesformulierungsprozesse verzögere die Ausbildung einer vitalen Zivilgesellschaft in Japan maßgeblich (Katō 1998). Arbeiten, die über die enge Betrachtung von NPOs hinausgehen und neue soziale Bewegungen in ihrer ganzen Breite in die Analyse einbeziehen, kommen demgegenüber zu dem Schluss, dass ein beständiger Politisierungsprozess bei Frauen sowohl in hoch politisierten Bereichen wie der Anti-Atomkraftbewegung als auch in der Verbraucherbewegung und in lokalen Wahlkampagnen zu verzeichnen ist. Gerade in der Frauendominanz wird der Ausgangspunkt für einen grundlegenden Wandel in der japanischen Gesellschaft hin zu mehr Gleichstellung und Präsenz von Frauen in den Institutionen des politischen Systems gesehen (Tsubogō 2003: 129–232; Hasegawa 2003: 131–136).

### 3.3. Ursachen für die Schwäche der Zivilgesellschaft: *institutionell-strukturelle Rahmenbedingungen*

Bei der Untersuchung von politisch-kulturellen Faktoren, die die Schwäche der japanischen zivilen Akteure und ihrer Organisationen begründen, wird in der Literatur vor allem auf die traditionell starke Rolle des Staates und seine Verflechtung mit den mächtigen Wirtschaftsverbänden verwiesen. Raum für gesellschaftliche, unabhängige Kräfte konnte sich danach kaum entwickeln, und existierende zivilgesellschaftliche Organisationen wurden weitestgehend von der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Das bekannte Modell des starken Interventionsstaates wird in der Diskussion über die Entwicklung der japanischen Zivilgesellschaft herangezogen, um einerseits die restriktive Haltung des Staates gegenüber zivilem Engagement und Partizipation, andererseits die Politikferne der japanischen Bevölkerung zu begründen. Sowohl staatliche Restriktion als auch die Politikferne der Bevölkerung gilt als Ursache für die relative Schwäche der japanischen Zivilgesellschaft. Ausdruck staatlicher Restriktionsbemühungen sind die rechtlichen Bestimmungen für zivilgesellschaftliches Engagement, die im Vergleich zu anderen modernen Industriestaaten als äußerst restriktiv und regulierend eingestuft werden (Amemiya 1998: 59). Erst 1998 wurden mit der Verabschiedung des so genannten NPO-Gesetzes die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Organisationen verbessert. Gewürdigt wird vor allem, dass aufgrund des neuen rechtlichen Status NPOs die Möglichkeit erhalten, Miet-, Kauf- und Kooperationsverträge abzuschließen. Steuerliche Vergünstigungen wurden jedoch erst mit der Revision des Gesetzes im Jahre 2001 geschaffen. Um diese zu nutzen, müssen NPOs nach wie vor in einem aufwändigen Verfahren umfangreiche Bedingungen erfüllen; insgesamt wurden weniger Anreize geschaffen, als von den meisten Organisationen erhofft wurde (JCIE 2004: 2; Nakamura 2001: 6–12). Nichtsdestotrotz wird das Gesetz ähnlich wie das neue Gesetz über das Recht auf Information von 1998 als entscheidender Schritt der Regierung zur Unterstützung des Dritten Sektors gesehen und eine positive Entwicklung prognostiziert, wenngleich die Kontrolle der NPOs durch die Ministerialbürokratie gewichtig bleibt und die Zugangsbedingungen für kleine Gruppen zum politischen Prozess bisher kaum verbessert wurden (Doteuchi 2000: 20–21). Auch die gegenwärtig proklamierte gleichberechtigte Partnerschaft (*kyōdō*) zwischen lokaler Verwaltung sowie NPOs und Bürgergruppen wird derzeit meist einseitig von der Verwaltung formuliert; Kooperationsmöglichkeiten und -formen sind nach wie vor beschränkt (Miyawaki 2005; Satō, K. 2002).

### 3.4. Ursachen für die Schwäche der Zivilgesellschaft: historisches Demokratiedefizit

Die Dominanz des Staates wird in diesem Argumentationsstrang als Ursache für die historisch lange nicht vorhandene Trennung von Staat und Gesellschaft bzw. politischer öffentlicher (*kō*) und gesellschaftlicher privater (*shi*) Sphäre angeführt (Mae 2002). Infolge der Entwicklung eines paternalistischen, zentralistischen Staates im Zuge der Modernisierung des Landes nach 1868 bildete sich demnach in der japanischen Bevölkerung ein Bewusstsein heraus, welches von der Vorstellung geprägt war, dass jegliche Verantwortung bei der Regierung liege. Eigenverantwortung der Bürger war über einen langen Zeitraum relativ schwach ausgebildet (Yamauchi 2002: 44; Iokibe 1999: 60; Mochizuki 2001: 384, 286; Imada 1999). Diese Sicht findet sich auch in den theoretischen Schriften zur japanischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit (s. u.). In der westlichen Forschung zum Thema Zivilgesellschaft in Japan, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen wird, nimmt sie eine dominante Stellung ein. So wird aus der Monopolstellung des Staates und seiner oben bereits beschriebenen engen Verflechtung mit der Wirtschaft die restriktive Haltung des Staates gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen abgeleitet. Die informelle Netzwerkbildung zwischen Staat und Wirtschaft habe einerseits eine bürgernahe, transparente Politik verhindert, andererseits den Zugang zivilgesellschaftlicher Akteure zu politischen Entscheidungsprozessen restriktiv reglementiert (Croissant 2000: 337; Merkel 2003: 96; Knight 1996: 224; Neary 2003: 28–29; Vosse 1999). Aus dieser Konstellation heraus blieb selbst in der japanischen Nachkriegsgesellschaft relativ lange das Unvermögen bestehen, sich eine vom Staat unabhängige öffentliche Sphäre vorzustellen (Knight 1996: 224).

Zusammenfassend ist für die Debatte kennzeichnend, dass sie implizit normativ geleitet ist. Die erste Grundannahme lautet, dass ziviles Engagement wünschenswerter Bestandteil einer funktionierenden Demokratie ist und diese auf demokratischer Mitbestimmung, politischer Emanzipation und „Bürgernähe“ basiert (Umahashi und Saitō 1998: 178). Das Interesse gilt den Ursachen für den Nachzüglerstatus Japans und den Strategien zum Aufholen. An den „NPO-Boom“ der 1990er Jahre wird die Erwartung geknüpft, den Entwicklungsrückstand gegenüber anderen westlichen Zivilgesellschaften aufzulösen. Die Bürger werden funktional weniger als kritisches Korrektiv staatlichen Handelns gesehen, sondern vielmehr als Partner, die ihre Lebensbedingungen partizipierend mitgestalten sollen. Diese Sicht hat sich mit der neuesten Debatte über die Dezentralisierungsreform verstärkt, in der Themen wie Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgern und lokaler Verwaltung sowie



Bürgerbeteiligung in politischen Entscheidungsprozessen als Strategie zur Effizienzsteigerung lokaler Politik diskutiert werden. Eine gleichberechtigte Beziehung der verschiedenen Akteure in Kooperationsbeziehungen wird zwar normativ gefordert, ihre Realisierbarkeit wird jedoch noch immer in Zweifel gezogen (vgl. z. B. Kusumi 2003; Niikawa 2005; Seko 2005).

Eine zweite Grundannahme bezieht sich darauf, dass die japanische Zivilgesellschaft dann als stark zu bewerten ist, wenn NPOs Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Es erfolgt damit eine Verengung der Diskussion auf Aktivitäten und Gruppen, die explizit auf politischen Einfluss abzielen. Die Fokussierung auf die *advocacy* Funktion von NPOs hat Folgen sowohl für die empirische Durchdringung des Phänomens Zivilgesellschaft als auch für die Entwicklung von Perspektiven. So wird in der Literatur die Fülle an kleinen lokalen Gruppen, die aus Frauen bestehen und sich mit Fragen der unmittelbaren Lebensumwelt auseinandersetzen, zu wenig als eine Facette der japanischen Zivilgesellschaft gewürdigt. Vielmehr wird ihr (bewusster) Verzicht auf landesweite Netzbildung als Ursache für die Schwäche der japanischen Zivilgesellschaft kritisiert. Ihnen werden Veränderungspotenziale im Hinblick auf das politische System Japans weitgehend abgesprochen, stattdessen überwiegt die Einordnung als „Selbsthilfegruppe“ oder *Nimby (not in my backyard)* Organisation (Lee 2002: 8; Inoguchi 2001: 263). Angesichts dieser Bewertung von Gruppen, die immerhin die Mehrzahl der aktiven Bürger und Bürgerinnen einschließt, stellt sich die Frage, ob die Forderungen nach einer Institutionalisierung von NPOs durch Politisierung und Professionalisierung als Strategie zur Entfaltung der japanischen Zivilgesellschaft, wie sie unter anderen Hasegawa (2003: 248–249) oder Tsubogō (2003: 233–234) stellen, nicht gerade die Spezifika der japanischen Zivilgesellschaft verfehlen.

#### 4. ZIVILGESELLSCHAFT UND ÖFFENTLICHKEIT

Die genannten Defizite der NPO-zentrierten Forschung werden teilweise durch die stärker theoretisch geleitete Debatte über Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit (*kōkyōsei*) ausgeglichen. Hier geht es letztlich um die Frage nach dem Zustand der japanischen Politik und Gesellschaft und der Frage nach der Einlösung der Demokratisierungsversprechen nach 1945. Auch diese Debatte hat einen beträchtlichen Impuls durch die aufkommende NPO-Bewegung der 1990er Jahre erfahren. Aufgrund des übereinstimmenden Bezugs auf die theoretischen Abhandlungen der frühen linksliberalen Denker wie Maruyama Masao und der nachfolgenden Sozialwissenschaftler wie Shinohara Hajime oder Matsushita Keiichi, sowie Jürgen

Habermas, Jean Cohen oder auch Hannah Arendt ist die Diagnose des aktuellen Stands der japanischen Zivilgesellschaft weitgehend identisch: konstatiert wird auch hier ein Entwicklungsrückstand gegenüber den Ländern Europas und Nordamerikas. Anders als in der stärker politisch-strategisch orientierten Debatte, geht es hier aber vor allem um die historische Ableitung der Ursachen. In diesem Zusammenhang spielt der Begriff der Öffentlichkeit (*kōkyōsei*) eine zentrale Rolle. Nach Yamaguchi (2004: 10) hat in Japan nach Ende des autoritären Systems der Kriegszeit aufgrund des starken Korporatismus zunächst die Unterdrückung einer kritischen Öffentlichkeit angehalten. Als jedoch gerade aufgrund des „Staatskorporatismus“ in den 1960er Jahren der industrielle Aufschwung an Geschwindigkeit gewann, bildete sich eine neue Mittelschicht, die die kritischen Massenbewegungen der 1960er und 1970er Jahre unterstützte und zur Protagonistin eines neuen „Dritten Sektors“ wurde. Die Schwäche der japanischen Zivilgesellschaft ließe sich nach Yamaguchi (2004: 19) aus der Koexistenz von bewusstseinsmäßigen, strukturellen und institutionellen Relikten des alten autoritären Systems sowie den neuen Strukturen, Werten und Institutionen der Demokratie ableiten. Aufgrund der von außen induzierten Modernisierungsprozesse – nicht nur in Japan, sondern auch in anderen Ländern Ost- und Südasiens – haben religiöse, kulturelle und normative Traditionen eine hohe beherrschende Kraft. Dies gilt auch für die Zuordnung des Begriffs des „öffentlichen Interesses“ (*kōeki*) auf die Seite des Staates. Mit der Verantwortung des Staates bzw. der Bürokratie für die Definition und Realisierung des öffentlichen Interesses fehlt in Japan die Idee einer Öffentlichkeit außerhalb der staatlichen Institutionen (Saitō 2001: 1; Hasegawa 2003: 196). Gleichwohl führt die Globalisierung der Wirtschaft auch dort zu einer Nivellierung der Mittelschichten, in deren Folge sich die für Japan historisch typische Dichotomie von „*kō*“ (öffentlich) und „*shi*“ (privat) auflöst.

Wenngleich in diesem Argumentationsstrang der Nachzüglerstatus der japanischen Zivilgesellschaft als Konsens betrachtet werden kann, werden für die zukünftige Entwicklung sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen. Optimistische Stimmen sehen in der Zunahme an bürgerschaftlichem Engagement ein Indiz dafür, dass in Japan bereits ein breiter öffentlicher Raum existiert. So argumentiert Hasegawa (2003: 44–45), dass noch in den 1970er Jahren das öffentliche Interesse einseitig vom Staat in Verbindung mit der Wirtschaft formuliert worden sei. Aus seiner Analyse der japanischen Umweltschutzinitiativen bis heute leitet er ein Modell der neuen Öffentlichkeit ab, die sich über Umweltprozesse, in denen Bürger als Kläger auftreten, Bürgernetzwerke und Umweltforen konstituiert und seit Mitte der 1990er Jahre auffindbar ist. Yamasaki (2005) argumentiert strukturell, indem er darauf hinweist, dass in der modernen

Gesellschaft öffentliche Aufgaben nicht mehr nur vom Staat erbracht werden können, sondern von allen gesellschaftlichen Akteuren geleistet werden müssen. Vor diesem Hintergrund spricht Kitamura (2004: 143) von der Notwendigkeit der Herausbildung einer *bottom-up* Öffentlichkeit, in der die Zivilgesellschaft bzw. Bürger und Bürgerinnen Interessen formulieren und wichtige Aufgaben übernehmen. In diesem Kontext werden Verantwortungen und Partizipationsmöglichkeiten der verschiedenen Akteursgruppen im politischen Prozess hervorgehoben.

Kritische Stimmen sehen demgegenüber die Schatten obrigkeitstaatlicher Tradition als nicht getilgt. Gerade die Revision des Erziehungsrahmengesetzes, das nun die Liebe zum Vaterland und die Ehrfurcht vor der japanischen Tradition zum Erziehungsziel macht, wird als Beleg dafür gesehen, dass nach wie vor der Staat bzw. die Bürokratie einseitig über kulturelle Werte, gesellschaftliche Normen und Bürgerpflichten entscheiden, nicht aber die Bürger im öffentlichen Diskurs. Mit der Fortführung des Tennō-Systems und der Übernahme des öffentlichen Interesses durch den Tennō ist auch die Fortexistenz der „staatlichen Öffentlichkeit“ (*kokkateki kōkyōsei*) induziert worden (Nakajima 2005: 124–125). Mit Blick auf die Beziehungen zwischen Bürokratie, Zentralregierung und Wirtschaft sieht die Prognose ebenfalls eher negativ aus: Katsumata und Kawamura (1997) kritisieren, dass in Japan wichtige Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft wie z. B. die Transparenz von Staat und Wirtschaft sowie die Offenlegung von Informationen noch nicht ausreichend gegeben sind. Satō (2002: 5) meint sogar, dass Japan in diesem Punkt Europa und den USA gegenüber mehr als 100 Jahre nachsteht.

##### 5. ZIVILGESELLSCHAFT UND INTERESSENGRUPPEN IM HEUTIGEN JAPAN: TSUJINAKA YUTAKA

Tsujinaka Yutaka, Politikwissenschaftler an der Universität Tsukuba, dürfte mit seiner Untersuchung der japanischen Zivilgesellschaft das bislang anspruchsvollste empirische Werk zur japanischen Zivilgesellschaft vorgelegt haben (Tsujinaka 2002). Der Band fasst Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsprojekts an der Universität Tsukuba zusammen, in dem der Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Japan empirisch untersucht und mit entsprechenden Untersuchungen in Korea (Tsujinaka und Yeom 2004), USA und Deutschland kontrastiert wird. Anliegen des Forschungsprojektes ist, eine empirische Strukturanalyse des gesamten Dritten Sektors vorzunehmen (Tsujinaka 2002: 304). Dies impliziert, dass nicht allein NPOs in den Blick genommen werden. Vielmehr erfasst Tsujinaka das breite Feld an zivilen Organisationen wie Gewerk-

schaften, Unternehmensverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen etc. Unberücksichtigt bleiben profitorientierte Unternehmen, private, aber profitorientierte Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen, sowie Einrichtungen, die als quasi-staatliche Einrichtungen wirken wie öffentliche Krankenhäuser, Schulen, Kommunalverwaltungen. Zivilgesellschaft wird hier also nicht reduziert auf die Frage nach Bürgerpartizipation. NPOs werden vielmehr neben Interessenverbänden, berufsständischen Organisationen und anderen zivilen Organisationen lediglich als eine Akteursgruppe behandelt. Mit dieser Anlage knüpft die Studie an Untersuchungen der japanischen Verbandsforschung an, die repräsentativ in der Sonderausgabe der Zeitschrift *Leviathan* (Rebaisan) mit dem Titel „*Seiken ikōki no atsuryoku dantai*“ [Interessenverbände in einer politischen Übergangsphase] im Winter 1998 erschienen. Die Anknüpfung an die Verbandsforschung hat Folgen für den Fragebogen, der implizit von dem Interesse geleitet ist, politischen Einfluss anhand von *Lobbying*- oder *Advocacy*-Aktivitäten zu erfassen. Die Daten wurden mithilfe einer Zufallsstichprobe, die in einem mehrstufigen Auswahlverfahren in Tokio und Ibaraki gezogen wurde, erhoben. Bei einer Rücklaufquote von 37,2% (Tokio) bzw. 51,7% (Ibaraki) ergab sich ein Sample von insgesamt 1635 zivilen Organisationen und Interessenverbänden (S. 56). Neben Strukturdaten wurden mit dem Fragebogen in 36 thematischen Blöcken vor allem Daten erfasst, die Aufschluss über politischen Einfluss, Netzwerkbildung, Informationsflüsse, Kooperationsmuster, Aktivitätsformen und -niveau sowie Konfliktkonstellationen geben (S. 59). Sie dienen als Indikatoren für den Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung und lassen somit Aussagen zu politischem Interesse, *Lobbying*-Aktivitäten und Vernetzung mit politischen Entscheidungsträgern zu; gefragt wird, inwieweit die gemeinnützigen Verbände neben den starken Interessenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als neue politische Kraft eine wesentliche Rolle spielen (Kap. 3).

Die Auswertung der Daten ergibt folgendes Bild von Zivilgesellschaft in Japan: feststellbar ist eine wenngleich langsame, so doch beständige Ausweitung des Dritten Sektors nach 1945. Außerhalb staatlicher Institutionen besteht eine breite Anzahl von Interessengruppen, Vereinen und Verbänden, die Tsujinaka in folgende Kategorien einteilt: Landwirtschaft, Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Verwaltung, Wohlfahrt, Fachverbände, politische Gruppen, Bürgervereinigungen und andere. In der Gesamtschau dieser Organisationen in Tokio und Ibaraki kommt er zu dem Schluss, dass die japanische Zivilgesellschaft „reif“ ist, d. h. der politische Prozess in Japan durch eine Fülle von Organisationen der Zivilgesellschaft geprägt ist. Als Besonderheit Japans wird allerdings herausgestellt, dass die klassischen Organisationen der Wirtschaftsakteure wie Gewerkschaften,

Arbeitgeber und Landwirtschaft bestimmend für die Struktur der japanischen Zivilgesellschaft sind (Tsujinaka 2002: 333), wenngleich innerhalb der pluralisierten japanischen Gesellschaft ein Anstieg von bürgerschaftlichem Engagement festzustellen ist. Der Wendepunkt der Entwicklung ist nicht das Erdbeben von Kobe 1995. Bereits seit den späten 1980er Jahren macht Tsujinaka einen Anstieg von gemeinnützigen Organisationen in den Bereichen internationaler Austausch und Umweltschutz aus. Dennoch belegen seine Daten die in zahlreichen Publikationen gemachte Aussage, dass im Vergleich zu den anderen Organisationen der Zivilgesellschaft NPOs die kleinste, einflussärmste und ressourcenärmste Gruppe bilden (S. 90–94). Die Daten lassen auch die Aussage zu, dass unter den Vergleichsländern Korea, USA und Deutschland die japanischen NPOs im Hinblick auf Ziele, Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung, Lobbytätigkeit und Kontakt zu den politischen Parteien den geringsten Politisierungsgrad aufweisen (S. 74–75). Anders als in den Vergleichsländern werden die japanischen NPOs von den anderen Akteuren im politischen Prozess (Parteien, Interessenverbände, Verwaltung) als schwach eingestuft. Sie selbst schätzen sich ebenfalls als einflussarm ein.

Zusammenfassend bestätigt die Untersuchung in weiten Teilen die Kernaussagen der NPO-Literatur, dass nämlich Japans neue Bürgerorganisationen neben den etablierten Interessenverbänden schwach und bislang einflusslos sind. Die Bedeutung der Studie liegt darin, dass erstmals Aussagen zur japanischen Zivilgesellschaft umfangreich empirisch entwickelt worden sind. Die Studie hat damit das Potenzial, über die bislang wichtigste empirische und international vergleichende Analyse des Johns Hopkins *Comparative Nonprofit Sector Projects* hinauszugehen (Salamon *et al.* 1999). Mit dem netzwerkanalytischen Ansatz bietet die Untersuchung zudem ein Instrumentarium, um die Struktur der japanischen Zivilgesellschaft abzubilden und entlang der Achsen Kooperation, Informationsaustausch und Konflikt Koalitionen, Einfluss und Machtkonstellationen abzuschätzen; gleichwohl mangelt es der Untersuchung an einer starken Begründung für die Unterschiede zwischen Japan und Korea einerseits und Deutschland und den USA andererseits. So werden Unterschiede in den institutionellen Rahmenbedingungen für ziviles Engagement, Unterschiede zwischen politischen Kulturen, aber auch die Eigenlogik von zivilem Engagement nicht umfassend in den Blick genommen.

6. DIE THEORIE DER NEUEN BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT:  
YAMAGUCHI YASUSHI

Einen Gegenpol zu der Arbeit von Tsujinaka bildet die Forschung von Yamaguchi Yasushi. Yamaguchi teilt die positive Bewertung Tsujinakas zum Entwicklungsstand der japanischen Zivilgesellschaft nicht. Er argumentiert in seinem Buch „*Shimin shakai-ron – rekishiteki isan to shintenkai*“ (2004), dass Tsujinaka die Interessenverbände aus Landwirtschaft und Wirtschaft, die Bestandteil der typischen japanischen neokorporatistischen Form der Interessenvermittlung sind, nicht per Definition klar von den neuen NPOs trennt und damit die faktisch ungleiche Machtverteilung zwischen diesen und den NPOs vernachlässigt und die Schwäche der letzteren verharmlost. Ursache für die Fehleinschätzung Tsujinakas sind nach Yamaguchi (2004: 183) Definitionsschwächen, aber auch ein mangelndes Bewusstsein der konzeptionellen, historischen und nationalen Herleitungen des Begriffs Zivilgesellschaft (Yamaguchi 2004: 133). Der von Tsujinaka vorgenommene empirisch gestützte Vergleich von westlichen und asiatischen Zivilgesellschaften sei daher nicht ausreichend fundiert (Yamaguchi 2004: 133).

In seiner Kritik an Tsujinaka und dessen verkürztem empirischen Zugang zum Phänomen der japanischen Zivilgesellschaft, fordert Yamaguchi eine umfassende Auseinandersetzung mit den westlichen Theoretikern der bürgerlichen Gesellschaft bzw. Zivilgesellschaft, von Marx über Hegel bis Gramsci und die Frankfurter Schule, sowie deren Verknüpfung mit den Forschungen der japanischen Klassiker wie Maruyama Masao, Kawashima Takeyoshi oder Ōtsuka Hisao. Genau diese Herleitung zu leisten, ist Anliegen von Yamaguchi. Yamaguchi Yasushi bezeichnet seine Theorie der neuen bürgerlichen Gesellschaft (*atarashii shimin shakai-ron*) als Zusammenfassung seiner wissenschaftlichen Arbeit der vergangenen zehn Jahre. Anders als in den Arbeiten mit einem pragmatisch-strategischen Ansatz geht es in dem Werk von Yamaguchi explizit um eine Rekonstruktion der theoretischen Zugänge zu dem Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft. Durch die begriffliche Abgrenzung von „neuer bürgerlicher Gesellschaft“ zu „alter bürgerlicher Gesellschaft“ (*atarashii shimin shakai* versus *furui shimin shakai*) wird deutlich, dass er den Begriff der Zivilgesellschaft vermeidet und letztlich eine Anpassung der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft an die veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen nach 1989 anstrebt. Hierzu rekonstruiert er zunächst den Diskurs über Bürger und bürgerliche Gesellschaft in Japan, um dann in einem zweiten Schritt die europäische Debatte und hier insbesondere die Beiträge der deutschen und amerikanischen Frankfurter Schule zu rekapitulieren. Seine Aufarbeitung der japanischen Debatte bestätigt, wie bereits

oben angeführt, dass in den 1950er und 1960er Jahren der Begriff *shimin shakai* mit der Konnotation „bürgerliche Gesellschaft“ verwendet wurde und eng mit den Debatten über Modernisierung, Subjektivismus und Demokratie verbunden war. Mit der Diversifizierung der neuen sozialen Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahren löste sich der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft von der Verknüpfung mit Bildungsbürgertum und Mittelschicht. Anlässlich der aufkommenden Verbraucherschutzbewegung (*seikatsu kurabu seikyō*), die nun Frauen aus allen sozialen Schichten integrierte, verknüpfte sich bürgerliches Engagement mit dem Phänomen der aufkommenden Massengesellschaft (vgl. Takabatake 1993). Mit Blick auf die Entwicklung seit Ende der 1980er Jahre sowohl in Osteuropa als auch in Japan würdigt Yamaguchi die Theoretiker der alten bürgerlichen Gesellschaft, sieht aber mit Bezug auf Habermas (1990) wie auch Satō Yoshiyuki (2002: 12–13) die Notwendigkeit, das neue Phänomen bürgerschaftlichen Engagements in Form von NPOs zu einer Theorie der neuen bürgerlichen Gesellschaft zu verarbeiten, denn mit dem Phänomen der NPOs verbinde sich die Hoffnung, dass sie als Katalysator der japanischen Zivilgesellschaft wirken. Yamaguchi sieht allerdings im Falle Japans zwei Probleme: zum einen muss grundsätzlich geklärt werden, wie bei einer konzeptionellen Erweiterung des Begriffs der neuen bürgerlichen Gesellschaft von der Dichotomie Staat-Bürger hin zu einer neuen Dichotomie Staat und Wirtschaft versus Bürger bzw. zu einer Trichotomie Staat-Wirtschaft-Bürger die Interaktion der drei Akteursgruppen theoretisch zu bestimmen ist. Offen ist für Yamaguchi auch, ob die NPOs in Japan angesichts des Fortbestehens der von ihm gesetzten traditionellen Dominanz der Bürokratie ihre Unabhängigkeit vom Staat bewahren können oder aber zu einem verlängerten Arm der öffentlichen Verwaltung werden (Yamaguchi 2004: 321–322). Seine Einschätzung ist insgesamt skeptisch: er sieht einerseits in den Freiwilligenaktivitäten nach dem Erdbeben von Kobe ein Indiz für die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe, stellt aber andererseits heraus, dass die für Japan spezifische hohe Bedeutung der Gemeinde (*community*) in Verbindung mit dem japanischen Kollektivismus für die Herausbildung einer „reifen“ Zivilgesellschaft problematisch ist (Yamaguchi 2004: 309–310).

## 7. BILANZ

Ausgangspunkt der neueren Debatte über Zivilgesellschaft in Japan war die Wiederentdeckung des Bürgers bzw. der Bürgerin als politisches Subjekt. Dabei sind hier drei unterschiedliche Stränge herausgearbeitet worden. Zum einen handelt es sich um Arbeiten, die den Zivilgesellschaftsbe-

griff verkürzt auf bürgerliches Engagement in Bürgergruppen beziehen. In Erweiterung dieses Zugangs setzt sich ein anderer Strang mit Globalisierung und globaler Zivilgesellschaft auseinander, auch hier mit dem Fokus auf Nichtregierungsorganisationen. Schließlich wird Zivilgesellschaft in der marxistischen Tradition in der Dualität von Staat und bürgerlicher Gesellschaft und – seit Beginn der 1990er Jahre – als öffentlicher Raum zwischen Staat und Wirtschaft verortet. Zivilgesellschaft wird nun normativ verstanden als ein partizipatorisches, emanzipatives Gesellschaftsmodell, das als Indikator für den Demokratisierungsgrad der Gesellschaft verwendbar ist. Eine starke Zivilgesellschaft wird implizit demnach als eine solche verstanden, die das Potenzial besitzt, Einfluss auf die nationale Politik und den politischen Prozess zu nehmen. Eine aktive und machtvolle Zivilgesellschaft ist – zugespitzt formuliert – etwas, was zu jeder demokratisch verfassten Gesellschaft normativ gehört. In diesem normativen Bezugsrahmen ist Japan auch im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Stärke ein Spätentwickler. Die japanische Zivilgesellschaft gilt durchgehend als schwach, wenngleich die Entwicklungsperspektiven angesichts vielfältiger Initiativen in der Bevölkerung und verbesserter gesetzlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen vor allem von praxisorientierten Autoren heute überwiegend optimistisch eingeschätzt werden.

Die normative Überlast der Argumentation hat zweierlei Konsequenzen: zum einen hat die weit verbreitete Nachzüglerthese zu einem Boom an praktischen Leitfäden zur Förderung der Zivilgesellschaft, aber auch zu umfangreichen realen Fördermaßnahmen für NPOs auf Seiten der öffentlichen Verwaltung geführt. Die Spanne reicht von populärwissenschaftlichen Ratgebern, Leitfäden und Handbüchern, welche das Konzept der NPOs als solches sowie seine rechtlichen Grundlagen vorstellen (vgl. Umahashi und Saitō 1998; Tachibana 2000), über Erfahrungsberichte von Verwaltungen und Kommunalangestellten hinsichtlich der proklamierten Kooperation zwischen Zivilgesellschaftsorganisationen und Lokalregierung (z. B. die Sonder- und Monatsausgaben der Zeitschrift *Chihōjichi Shokuin Kenshū* oder z. B. die Juniausgabe (2003) der Zeitschrift *Kokumin Seikatsu*) bis zu Veröffentlichungen, in denen die zwischenmenschlichen Aspekte der Freiwilligentätigkeit im Mittelpunkt stehen (Harada 2000, Nakano 2005). Die Leitidee ist hier, dass Zivilgesellschaft „lernbar“ ist und im Interesse einer besseren Zukunft gelernt werden soll. Damit wird normativ die Fähigkeit des Bürgers/der Bürgerin ebenso vorausgesetzt wie deren Wille zur Partizipation. Völlig aus dem Blick geraten in dieser Denkrichtung Initiativen aus der Bevölkerung, die dezidiert politischen Einfluss anstreben, diesen Einfluss auch erfolgreich ausüben, aber nicht als emanzipatorisch gelten können, wie beispielsweise der japanische



Hinterbliebenenverband (*Izokukai*). Aus dem Blick gerät auch die Problematik, dass gerade aufgrund der Nachzüglerthese umfangreiche Fördermaßnahmen der öffentlichen Verwaltung in Gang gesetzt worden sind, die durch die Bereitstellung von Infrastruktur, Personal, aber auch Materialien Bürgerbeteiligung fördern. Die von Yamaguchi angedeutete Gefahr einer Aufrechterhaltung der Definitionsmacht über ziviles Engagement durch den Staat erhält dadurch Nahrung.

Eine zweite Konsequenz ist die faktische Reduzierung von Zivilgesellschaft auf das Verhältnis von NPOs zum Staat. Die Fokussierung auf rechtliche Rahmenbedingungen von Partizipation und NPO verstellt den Blick auf die Machtverhältnisse zwischen den unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft. So bleibt zu klären, warum die Verabschiedung des NPO-Gesetzes überwiegend als historischer Fortschritt gewertet wird, aber vernachlässigt wird, dass die realen Machtverhältnisse zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft maßgeblich die Schwäche der NPOs ausmachen. Es ist Tsujinakas Verdienst, durch die weite Definition von Zivilgesellschaft die Interaktion zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zwischen diesen und dem Staat empirisch sichtbar und damit die Macht- und Einflusststrukturen innerhalb der japanischen Zivilgesellschaft transparent gemacht zu haben. Während allerdings Tsujinaka aus der formalen Pluralität der zivilgesellschaftlichen Organisationen eine positive Sicht der aktuellen Zivilgesellschaft in Japan ableitet, ohne die ungleiche Machtverteilung zwischen Verbänden der Wirtschaft und der Bürger und Bürgerinnen zu problematisieren, verfehlt er die normative Erwartung an Zivilgesellschaft als emanzipatorisch und demokratiefördernd und gerät damit in Widerspruch zu der Mehrheit der aktuellen Arbeiten. Die von Tsujinaka erhobenen Daten bestätigen faktisch die Tradition des starken Interventionsstaates, der in enger Vernetzung mit den Organisationen der Wirtschaft agiert und die japanische Zivilgesellschaft prägt. Theoretiker wie Yamaguchi (2004: 322) deuten die Implikationen dieser Tradition für die konkreten Ausprägungen der neuen bürgerlichen Gesellschaft an, ohne die historischen, soziokulturellen und politischen Bedingungen für die Zivilgesellschaft japanischer Prägung systematisch zusammenzuführen

Damit fehlt noch immer eine Arbeit, die die unterschiedlichen Facetten der japanischen Zivilgesellschaft zusammenführt und theoretisiert. Wie Yamaguchi (2004: 147) es formuliert, kann man gegenwärtig von einer tatsächlichen Rekonstruktion des Zivilgesellschaftsbegriffs in der japanischen Diskussion noch nicht sprechen. Es fehlt darüber hinaus aber auch eine Rekonstruktion des Phänomens der japanischen Zivilgesellschaft in seiner ganzen Komplexität.

LITERATURVERZEICHNIS

- Amemiya, Takako (1998): The nonprofit sector: legal background. In: Yamamoto, Tadashi (Hg.): *The nonprofit sector in Japan*. Johns Hopkins nonprofit sector series, 7. Manchester: Manchester University Press, S. 59–98.
- Anheier, Helmut K. und Wolfgang Seibel (2001): The German nonprofit sector in international perspective. In: Anheier, Helmut K. und Wolfgang Seibel (Hg.): *The nonprofit sector in Germany: between state, economy and society*. Manchester: Manchester University Press, S. 161–186.
- Bestor, Victoria L. (2002): Toward a cultural biography of civil society in Japan. In: Goodman, Roger (Hg.): *Family and Social Policy in Japan: anthropological approaches*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 29–53.
- Croissant, Aurel (2000): Zivilgesellschaft und Transformation in Asien. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel*. Bd. 5: *Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske+Budrich, S. 335–372.
- Doteuchi, Akio (2000): The growing role of nonprofit organizations as society matures – issues and possibilities in the next century. In: *NLI Research* 140, S. 18–29. Internet: <http://www.nli-research.co.jp/eng/research/li0007a.pdf> (gefunden im August 2004).
- Foljanty-Jost, Gesine (2005): Environmental NPOs in Germany and Japan – The Question of Power and Influence. In: *Social Science Japan Journal* 8, 1, S. 103–117.
- Habe, Reiko (1998): Gender and independence of civic institutions in Japan's civil society development. Paper presented at the conference „Citizen's role in non-profit, non-government sectors: women's role“. Japan-America Society of Washington, Internet: <http://www.us-japan.org/jasnm/civil/habepaper.html> (gefunden im April 2004).
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harada, Takahashi (2000): *Borantia to iu ningen kankei* [Volunteering – eine zwischenmenschliche Beziehung]. Tōkyō: Sekai Shisōsha.
- Hasegawa, Kōichi (2002): The organization and activation of the civil sector: rapid development during the ‚lost decade‘. In: *Social Science Japan* April 2002, S. 5–7.
- Hasegawa, Kōichi (2003): *Kankyō undō to atarashii kōkyōken – kankyō shakaigaku no pāsukekuteibu* [Umweltbewegung und neue Öffentlichkeit – umweltsoziologische Perspektiven]. Tōkyō: Yūhikaku.
- Imada, Makoto (1999): Transition to civil Society in Japan. Paper presented at the Program for Civil society: where the private, public and press

- meet. Japan-America Society of Washington. Internet: <http://www.usjapan.org/dc/cs.imada.paper.htm> (gefunden im April 2004).
- Imada, Makoto (2003): The voluntary response to the Hanshin Awaji earthquake. In: Osborne, Stephen P. (Hg.): *The voluntary and non-profit sector in Japan: the challenge of change*. London: Routledge-Curzon, S. 40–50.
- Inoguchi, Takashi (2001): Sozialkapital in Japan. In: Putnam, Robert D. (Hg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 255–326.
- Iokibe, Makoto (1999): Japan's civil society: an historical overview. In: Yamamoto, Tadashi (Hg.) *The nonprofit sector in Japan*. Johns Hopkins nonprofit sector series, 7. Manchester: Manchester University Press, S. 51–96.
- JANIC (Japan NPO Center for International Cooperation) (2002): *Directory of Japanese NPOs concerned with International Cooperation*. Tōkyō: JANIC.
- Japan NPO Center (2006). Internet: <http://www.jnpoc.ne.jp> (gefunden im Februar 2006).
- JCIE (Japan Center for International Exchange) (2004): Weak funding environment sparks local-level efforts to support NPOs. In: *Civil Society Monitor* 9. Internet: <http://www.jcie.or.jp/civilnet/monitor/9.pdf> (gefunden im August 2004).
- Kanaya, Nobuko (2004): Dai 8: shō shakai fukushi no NPO [Kapitel 8: Wohlfahrtsstaatliche NPOs]. In: Yamauchi, Naoto (Hg.): *NPO hakusho 2004 – the Japanese nonprofit almanac*. Osaka School of International Public Policy (OSIPP). Center for Nonprofit Research and Information, S. 43–52. Internet: <http://www.osipp.osaka-u.ac.jp/npocenter/NPO2004.pdf> (gefunden im November 2004).
- Katō, Yumi (1998): *NPO to josei no empowerment: Kobe no volunteer soshiki ni okeru josei no jōkyō to kanōsei wo jirei toshite* [NPO and women's empowerment: the conditions and potential for women in volunteer sector in Kobe, Japan]. Master's thesis. Faculty of Education. Hokkaido University.
- Katsumata, Hideko und Akio Kawamura (1997): Shimin shakai: sono gaiyō to imēji. [Konzept und Image von Zivilgesellschaft]. In: Kokusai Kōeki Katsudō Kenkyūkai [Group Action Planning for International Philanthropy – GAP] (Hg.): *Ajia no NPO: 10 ka koku no hieridantai repōto – atarashii Ajia kōekikatsudō no chōryō to tenbō* [NPOs im Asiatisch-Pazifischen Raum: ein Bericht über non-profit Organisationen in 10 Ländern – Tendenzen und Ausblick neuer gemeinnütziger Aktivitäten in Asien]. Tōkyō: ALC, S. 10–21.
- Kitamura, Osamu (2004): Chikyū shimin shakairon no saikōchiku – kosumoporitanteiki kōkyō chitsujo no kōsō [Reconstructing the (Internatio-

- nal) Political Theory of Global Civil Society: The Idea of Cosmopolitan Public Order]. In: *Chūō Daigaku Seisakubunka Sōgōkenkyūjo Nenpō* 7, Tōkyō: Chuo Daigaku, S. 139–157.
- Knight, John (1996): Making citizens in postwar Japan: national and local perspectives. In: Hann, Chris und Elizabeth Dunn (Hg.): *Civil society: challenging western models*. London: Routledge, S. 222–241.
- Kokusai Kōeki Katsudō Kenkyūkai (Group Action Planning for International Philanthropy – GAP) (Hg.) (1997): *Ajia no NPO: 10 ka koku no hieridantai repōto – atarashii Ajia kōekikatsudō no chōryū to tenbō* [NPOs im Asiatisch-Pazifischen Raum: ein Bericht über Nonprofit Organisationen in 10 Ländern – Tendenzen und Ausblick neuer gemeinnütziger Aktivitäten in Asien]. Tōkyō: ALC.
- Kusumi, Tsuyoshi (2003): NPO to gyōsei no pātonāshippu no tenbō – shimin shakai ni okeru gabanansu no kōsō [Ein Ausblick über die Partnerschaft zwischen Verwaltung und NPOs – Governance in der Zivilgesellschaft]. In: *NIRA Policy Research* 16, 2, S. 36–41.
- Lee, Sook-Jong (2002): Civil society and democratic governance in Japan. Paper delivered at the international Conference on Civil Society and Democratic Governance in East Asia. 28.–29. Juli 2002. Internet: <http://sejongjapan.com/data/leesookjongDemocratic%20Governance%20of%20Japan3–20-edited.pdf> (gefunden im September 2004).
- Mae, Michiko (2002): Öffentlichkeit und Privatheit im japanischen Modernisierungsprozeß. In: Deutsches Institut für Japanstudien (Hg.): *Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*, 14. München: Iudicium, S. 237–266.
- Matsushita, Keiichi (Hg.) (1971): *Shimin sankā* [Bürgerpartizipation]. Tōkyō: Tōyō Keizai Shinpōsha.
- Matsushita, Keiichi (1998): *Jichitai NPO seisaku: kyōdō to shien no kihon rūru – NPO jōrei no teian* [Selbstverwaltungskörperschaften, NPOs und rahmenrechtliche Bestimmungen: Basisrichtlinien für Kooperations- und Unterstützungsbeziehungen – ein Mustersatz von NPO-Regeln]. Tōkyō: Gyōsei.
- McCarthy, John D. and Mark Wolfson (1996): Resource mobilization by local social movement organizations: agency, strategy and organization in the movement against drinking and driving. In: *American Sociological Review* 61, S. 1070–1088.
- McCarthy, John D. and Mayer N. Zald (1977): Resource mobilization and social movements: a partial theory. In: *American Journal of Sociology* 6, S. 1212–1241.
- Merkel, Wolfgang (2003): *Demokratie in Asien: ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie*. Bonn: Dietz.

- Miyawaki, Atsushi (2005): Kanmin pātonāshippu jidai to gyōsei kaikaku [Die Verwaltungsreform: Das Zeitalter der Partnerschaft zwischen Verwaltung und Bürgern]. In: *Gekkan Chihō jichitai Shokuin kenshū* 38, 8, S. 16–18.
- Mochizuki, Katsuya (2001): Nihon – undōtai kara keieitai he [Japan – Die Entwicklung von der sozialen Bewegung zur wirtschaftlichen Organisation]. In: Shigetomi, Shin'ichi (Hg.): *Ajia no kokka to NPO – 15 ka koku no hikaku kenkyū* [Asiatische Staaten und NPOs – eine vergleichende Studie über 15 Länder]. Tōkyō: Akashi Shoten, S. 380–395.
- Murakami, Shunsuke (2003): *Shimin shakai to kyōkaiundō – kōsasuru 1848/49 nen kakumei kenkyū to shimin shakai-ron* [Bürgerliche Gesellschaft und die Vereinsbewegung: eine Schnittstelle der Studien zur Revolution 1848/49 und den Theorien zur bürgerlichen Gesellschaft]. Tōkyō: Ochanomizu Shobo.
- Nakajima, Shigeki (2005): Kaiken ideorogī to kōkyōsei mondai [Verfassungsänderung und das Problem der Öffentlichkeit]. In: Yamaguchi, Yasushi, Shigeki Nakajima, Masafumi Matsuba und Motoaki Ozeki. (Hg.): *Gendai kokka to shimin shakai. 21 seiki no kōkyōsei o motomete* [Der moderne Staat und Zivilgesellschaft: die Forderung nach einer Öffentlichkeit des 21. Jahrhunderts]. Tōkyō: Mineruba Shobō, S. 101–128.
- Nakamura, Yōichi (2001): *Nihon no NPO 2001* [NPOs in Japan – 2001]. Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- Nakano, Lynne Y. (2005): *Community volunteers in Japan: everyday stories of social change*, Japan Anthropology Workshop Series. London: Routledge Curzon.
- Neary, Ian (2003): *State and civil society in Japan*. In: *Asian Affairs* 1, S. 27–32.
- Niikawa, Tatsurō (2005): Shimin shakai soshiki to gyōsei no pātonāshippu no arikata [Kooperationsformen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Verwaltung in Japan]. *NIRA Policy Research* 18, 2, S. 6–13.
- Ottersbach, Markus (2003): *Außerparlamentarische Demokratie: neue Bürgerbewegungen als Herausforderung an die Zivilgesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Saitō, Junichi (2001): *Kōkyōsei: publicness* [Öffentlichkeit: publicness]. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Salamon, Lester M., Helmut K. Anheier et al. (1999): *Global Civil Society – Dimensions of the Nonprofit Sector*. Baltimore: The Johns Hopkins Center for Civil Society Studies.
- Satō, Atsushi und Yasuo Watanabe (Hg.) (1975): *Jūmin sanko no jissen* [Bürgerpartizipation und ihre Umsetzung]. Tōkyō: Gakuyō Shobō.

- Satō, Iwao (2002): *Autonomy and mobilization: two faces of civil society in Japan in the 1990s*. Paper presented at the annual meeting of the German Association for Social Science Research on Japan, Halle-Wittenberg.
- Satō, Katsuhiko (2002): Jūmin sankā seido jōreika no kanōsei [Zur Etablierung von Handlungsvorschriften für Bürgerbeteiligungen]. In: *Chihōjichi Shokuin Kenshū* 75, 71, S. 131–141.
- Satō, Yoshiyuki (2002): *NPO to shimin shaka: asoshiēshon-ron no kanōsei* [NPOs und Zivilgesellschaft: Möglichkeiten der Handlungstheorie]. Tōkyō: Yūhikaku.
- Schreurs, Miranda (2002): *Environmental Politics in Japan, Germany, and the United States*. New York: Cambridge University Press.
- Seko, Kazuho (2005): Sankā kyōdō gata shakai he no puradaimu shifuto – pātōnāshippu wo sasaeru kyōdō no rūru zukuri [Der Paradigmenwechsel zu einer Partizipationsgesellschaft – die Erstellung von Kooperationsregeln]. In: *NIRA Policy Research* 18, 2, S. 14–19.
- Seifert, Wolfgang (1999): Notiz zum Begriffsverständnis von *shimin shakai* in Japan. In: Deutsches Institut für Japanstudien (Hg.): *Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*, 11. München: Iudicium, S. 19–30.
- Shigetomi, Shin'ichi (Hg.) (2001): *Ajia no kokka to NPO: 15 ka kokku no hikaku kenkyū* [NPOs in Asien: eine vergleichende Studie zu 15 asiatischen Ländern]. Tōkyō: Akashi Shoten.
- Shinohara, Hajime (1977): *Shimin sankā* [Bürgerpartizipation]. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Tachibana, Yukinobu (2000): *Shitte okitai NPO-hō: shimin ga okonau jiyūna shakaikōken katsudō no hatten o mezashite* [Eine Einführung in das NPO-Gesetz: eine Betrachtung der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements]. Tōkyō: Ōkurasho Insatsukyoku.
- Takabatake, Michio (1993): *Seikatsusha no seijigaku* [Die Politikwissenschaft der Seikatsusha Netzwerkbewegung]. Tōkyō: Sanjuichi Shinsho.
- Tsubogō, Minoru (Hg.) (2003): *Atarashii kōkyō kūkan wo tsukuru. Shimin katsudō no itonami kara* [Die Entwicklung einer neuen Öffentlichkeit durch Bürgerbewegungen und -gruppen]. Tōkyō: Hyōronsha.
- Tsujinaka, Yutaka (2002): *Gendai Nihon no shimin shakai, rieki dantai* [Zivilgesellschaft und Interessenverbände im heutigen Japan]. Tōkyō: Bokutakusha.
- Tsujinaka, Yutaka und Jaeho Yeom (Hg.) (2004): *Gendai Kankoku no shimin shakai. Rieki dantai* [Zivilgesellschaft und Interessengruppen im heutigen Korea]. Tōkyō: Bokutakusha.
- Umahashi, Norio und Chihiro Saito (1998): *Handobukku NGO: shimin no chikyuteki kibo no mondai he no torikumi* [NGO Handbuch: die Zuwendung zu globalen Problemen aller Bürger]. Tōkyō: Akashi shoten.

- Vosse, Wilhelm (1999): The emergence of a civil society in Japan. In: Deutsches Institut für Japanstudien (Hg.): *Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*, 11. München: Iudicium, S. 31–53.
- Yamaguchi, Yasushi (2004): *Shimin shakai-ron – rekishiteki isan to shintenkai* [Civil Society: Historical Inheritance and New Developments]. Tōkyō: Yūhikaku.
- Yamamoto, Tadashi (Hg.) (1998): *The nonprofit sector in Japan*. Johns Hopkins nonprofit sector series, 7. Manchester: Manchester University Press.
- Yamaoka, Yoshinori (1998): On the history of the nonprofit sector in Japan. In: Yamamoto, Tadashi (Hg.): *The nonprofit sector in Japan*. Johns Hopkins nonprofit sector series, 7. Manchester: Manchester University Press, S. 19–58.
- Yamasaki, Shigetaka (2005): Bunken gata shakai ni okeru jichitai keiei no sasshin senryaku – atarashii kōkyō kūkan no keisei wo mezashite [Reformstrategien von Lokalverwaltungen in Zeiten der Dezentralisierung – die Bildung einer neuen Öffentlichkeit]. In: *Jihōjichi*, 695 (Oktober), S. 43–54.
- Yamauchi, Naoto (1999): *NPO dēta bukku* [NPO Datenbuch]. Tōkyō: Yuhikaku.
- Yamauchi, Naoto (2002): *NPO no jidai* [Das Zeitalter der NPOs]. Ōsaka: Ōsaka Daigaku Shuppan-kai.
- Yamauchi, Naoto (Hg.) (2004): *NPO hakusho 2004 – the Japanese nonprofit almanac*. Osaka School of International Public Policy (OSIPP). Center for Nonprofit Research and Information. Internet: <http://www.osipp.osakau.ac.jp/npocenter/NPO2004.pdf> (gefunden im November 2004).